

Anfrage

öffentlich

Datum	Nummer
26.03.2009	F0044/09

Absender
Stadtrat Burkhard Lischka
SPD-Stadtratsfraktion

Adressat

Oberbürgermeister
Herrn Dr. Lutz Trümper

Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 26.03.2009
---------------------	------------------------------

Kurztitel

Reform der Jobcenter

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Bundeskanzlerin und eine Mehrheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sprechen sich gegen eine geplante Grundgesetzänderung zur Rettung der Jobcenter aus, die aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes notwendig ist. Hintergrund ist, dass die gemeinsame Betreuung der Arbeitslosen durch die Kommunen und die Bundesagentur für Arbeit („Mischverwaltung“) gegen das Grundgesetz verstoße. Das Bundesverfassungsgericht gab in seinem Urteil vom 20.12.07 zu verstehen, dass eine Neuregelung bis 2010 gefunden werden muss (siehe hierzu auch I0111/08).

Daraus ergeben sich für mich folgende Fragen:

1. Wie reagiert die Verwaltung auf diese Situation?
2. Gibt es bereits Präferenzen bezüglich der Entscheidung zur Umsetzung des „Kooperativen Jobcenters“ oder der klassischen Aufgabenteilung?

Ich bitte um Beantwortung der Fragen gemäß §8 der Geschäftsordnung.



Burkhard Lischka
SPD-Stadtratsfraktion